

Nassauischer Anzeiger.

Kreisblatt für den Landkreis Wiesbaden.

Bezugspreis: bei sämtlichen Postanstalten
vierteljährlich Mk. 1.20. Bei freier Bestellung
aus Haus tritt die Postgebühr hinzu.
Erscheint 3mal wöchentlich
Dienstags, Donnerstags, Samstags.
Redaktion: Guido Seibler in Biebrich.

Nassauisches Tagesblatt. — Nassauische Zeitung. — Nassauischer Generalanzeiger. — Nassauische Revue Nachrichten.

Anzeigenpreis: f. d. 6spalt. Colonetzelle
od. deren Raum 16 Pfg., Reklametzelle 80 Pfg.
Redaktion u. Expedition: Biebrich a. Rh.,
Rathausstraße 16. Telefon Nr. 41.
Rotations-Druck u. Verlag: Guido Seibler
vorm. Hofmann'sche Buchdruckerei, Biebrich.

Wiesbadener Vorort-Anzeiger.

Ämtliches Veröffentlichungsblatt für die Städte u. die Landgemeinden des Landkreises Wiesbaden.

Der Landkreis Wiesbaden umfasst die Städte Biebrich und Hochheim und die Landgemeinden Auringen, Bierstadt, Breckenheim, Delkenheim, Driedenbergen, Dozheim, Eddersheim, Erbenheim, Hahnhelm, Frauenheim, Georgensborn, Hefloch, Jggst, Kloppenheim, Mackenheim, Niedenbach, Naurod, Nordenstadt, Rambach, Schierstein, Sonnberg, Wallau, Weibach, Widder, Wildschagen.

Nr. 145.

Donnerstag, den 5. Dezember 1918

Postfachkonto
Frankfurt (Main) Nr. 10714.

18 Jahrgang.

Ämtlicher Teil.

Nr. 621.

Der Zimmermann Karl Becht zu Breckenheim wurde heute von mir als Schlachtoch- und Fleischbeschauer sowie als Trichinenschauer für den Schaubezirk Breckenheim bestellt und eidlich verpflichtet. Der Landwirt Heuß wurde von den gleichen Obliegenheiten entbunden.

Wiesbaden, den 2. Dezember 1918.

Der Landrat.

Nr. 622.

Nach Feststellung der deutschen Waffenstillstandskommission können sich alle ordnungsmäßig demobilisierten und entlassenen Wehrpflichtigen in dem vom Feinde besetzten Gebiet ohne Gefahr der Internierung aufhalten, wenn sie vor dem Kriege dort ihren Wohnsitz hatten. Wehrpflichtige Zivilbeamte verbleiben ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt ihrer Wohnsitznahme im besetzten Gebiet im Dienst.

Wiesbaden, den 2. Dezember 1918.

S. Nr. 2. 7710.

Der Landrat.

Nr. 623.

Der Schlosser Wilhelm Kolb in Biebrich a. Rh. hat am 17. Oktober ds. Js. ein in der Dunkelheit der Kaiserstraße in Biebrich durchgegangenes Pferdewerwert durch Aufspringen und Ergreifen der Zügel zum Stehen gebracht und somit die Verurteilung größeren Schadens verhütet. Diese von Mut und Entschlossenheit zeugende Tat bringe ich hiermit lobend zur öffentlichen Kenntnis.

Wiesbaden, 19. November 1918.

Der Regierungspräsident.

Nr. 624.

Betrifft: Mahnlöhne für die Verarbeitung von Gerste und Hafer für Selbstverfoger.

Die in unserem Rundschreiben vom 17. Dezember 1917 — Nr. 616 — festgelegten Mahnlöhne entsprechen nicht mehr den dauernd steigenden Löhnen, die den Mähdern bei der Verarbeitung des Getreides entstehen. Insbesondere gilt dies für die Verarbeitung kleiner und feinerer Mengen, die mit einer unvorstellbar hohen Mähdauer verbunden ist. Nach eingehender Ermittlung und im Einvernehmen mit der Industrie halten wir folgende Höhe für angebracht und bringen sie als Richtpreis für die Festsetzung von Mahnlöhnen für Selbstverfoger in Vorschlag.

1. Für Hafer:

für die Vermahlung von 100 Kg. und mehr 7 M. für den D. von 50 Kg. bis 99 Kg. 8 M. für den D. von 1 Kg. bis 49 Kg. 9 M. für den D.

2. Für Gerste:

für die Vermahlung von 100 Kg. und mehr 6 M. für den D. von 50 Kg. bis 99 Kg. 7 M. für den D. von 1 Kg. bis 49 Kg. 8 M. für den D.

Die Quabente bei Verarbeitung von Hafer beträgt bei durchschnittlicher Güte des Hafers mindestens 30 v. H. Stroh, 13 v. H. Kleie und 23 v. H. Spelzen. Bei der Herstellung von Graupen, Gröhe und Flocken beträgt der Rohverlust wie im Vorjahre 5 v. H., so daß 75 v. H. Röhmittel und 20 v. H. Kleie zur Ablieferung kommen müßten.

Wir beehren uns, ergebenst anheimzustellen, die oben bezeichneten Höchstpreise als Richtpreise bei einer etwaigen Festsetzung von Mahnlöhnen gemäß § 52 Abs. 2 der Reichsgetreideordnung zu benutzen und, falls von einer solchen Festsetzung Abstand genommen wird, diese Höhe den Kommunalverbänden mitzuteilen.

Uebersicht für die Kommunalverbände fügen wir ergebenst bei.

gez.: Dr. Wiedenfeld.

Ein sämtliche Herren Regierungspräsidenten und den Herrn Vorsitzenden der Staatlichen Verteilungsstellen für Groß-Berlin.

Wird hiermit veröffentlicht.

Wiesbaden, den 28. November 1918.

S. Nr. II. A. 8212.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.
von Heimbürg.

Nr. 625.

Bekanntmachung.

Es ist der Verdacht ausgesprochen worden, daß Wild im Schleichhandel zu höheren Preisen verkauft und dadurch der Ablieferung entzogen wird. Ich nehme daher Veranlassung, auf die Bestimmungen der Bundesratsverordnung vom 12. Juli 1917 A. 4. 24. S. 607 und der dazu erlassenen ministeriellen Ausführungsanweisung vom 10. September 1917 hinzuweisen und die Jäger auf ihre Pflichten gegenüber der Allgemeinheit und die Innehaltung der bestehenden Ablieferungs-Vorschriften aufmerksam zu machen.

Mit den Geschäften einer Wild-Abnahmestelle ist die Wild- und Geflügelhandlung Josef Kohl III. — Inhaber Josef Kohl — in Hahnhelm a. Main betraut und zum Wildhandel der Wild- und Geflügelhändler Karl Herber in Biebrich a. Rh., Mainzer Str. 7, zugelassen worden.

Die Magistrats- und Gemeindevorstände ersuche ich, Vorstehendes zur Kenntnis der Jagdpächter zu bringen.

Wiesbaden, den 25. November 1918.

S. Nr. II. Bl. 706/1.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.
von Heimbürg.

Nr. 626.

Bekanntmachung.

Betrifft: Das Einmieten von Kartoffeln.

Zur Erhaltung der zur Ernährung der versorgungsbedürftigen Bevölkerung nötigen Kartoffeln wird hiermit für den Landkreis Wiesbaden folgendes bestimmt:

1. Anzeigepflicht.

Kartoffelzüchter, die Kartoffeln (Speisekartoffeln und Saatkartoffeln) eingeerntet haben, sind verpflichtet, die eingeerntete Menge unter genauer Angabe der Einmietestelle (Distrikt — Gewann — Parzelle) und der Größe der Menge bis spätestens zum 10. Dezember 1918 dem Kommunalverband anzuzeigen. Auch die zusammen mit Futterrüben, Dickwurz oder ähnlichen Erzeugnissen lagernden oder eingeernteten Kartoffeln müssen gemeldet werden.

2. Defnung und Entleerung.

Die Defnung und Entleerung der Mieten ist nur mit Genehmi-

gung des Kommunalverbandes gestattet, die Erlaubnis ist rechtzeitig einzuholen.

Auf Verlangen des Kommunalverbandes haben die Besitzer die Mieten innerhalb einer angemessenen Frist zu öffnen und zu räumen.

3. Strafanforderung.

Zumiderhandlungen, insbesondere Verharmlichungen von Kartoffelmieten, werden nach § 10 der Verordnung vom 1. Dezember 1918 mit Gefängnis oder Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Neben der Strafe werden die Vorräte, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied ob sie dem Täter gehören oder nicht, ohne Entschädigung eingezogen werden.

Wiesbaden, den 2. Dezember 1918.

Der Landrat.

S. Nr. II. Bl. 5683.

S. B.: Dr. Penner.

Nr. 627.

Nach Zeitungs- und Nachrichten ist vielfach Heeresgut durch Versteigerungen und Verkauf veräußert worden. Um dieses Gut für Wiederaufbau der Wirtschaft zu erhalten, haben die Kommunen Heeresgut, das nicht rechtzeitig zurückgeschafft werden kann, zu beschlagnahmen und sofort in Eigentum und Verwaltung zu übernehmen, damit es nicht in Feindeshand fällt. Inverbringungen mit den zuständigen militärischen Stellen ist erforderlich.

Wiesbaden Demobilisationskommissar D. R. Nr. 121.

Wird hiermit veröffentlicht. Ich ersuche, etwaige Beschagnahme mir anzuzeigen.

Wiesbaden, den 2. Dezember 1918.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.

S. A.: Dr. Penner.

Nr. 628.

Betr. Pferdeversteigerung.

Der Mehrbedarf an Formularen zu Anträgen um Zulassung zu den Pferdeversteigerungen ist, gefordert für Landwirtschaft und Industrie, beim Landratsamt anzufordern; überzählige Formulare sind dorthin zurückzugeben.

Ich ersuche, mir die Anträge so bald wie möglich einzureichen. Bei den Anträgen auf bevorzugte Zulassung müssen unbedingt die im Abs. I der Verfügung des stellv. Generalkommandos vom 11. v. Mts. gegebenen Voraussetzungen vorliegen.

Wiesbaden, den 2. Dezember 1918.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.

S. A.: Dr. Penner.

Nr. 629.

Bekanntmachung.

In Ergänzung der Bekanntmachung vom 21. November 1918 über die Einstellung der Erzeugung von Heeresbedarf. In den gemischten Munitionsbetrieben ist die Erzeugung, Bearbeitung und Befüllung aller Gegenstände, die lediglich Kriegszwecken dienen, spätestens am 6. Dezember 1918 abends völlig einzustellen.

Wiesbaden, den 28. November 1918.

Der Demobilisationskommissar.

S. B.: gez. Köster.

Ämtlicher Teil.

Tages-Rundschau.

Ebert über die innere Politik.

Ab Berlin. Im großen Saal der Rheingold fand eine von der Berliner sozialdemokratischen Parteiorganisation veranstaltete von ungefähr 2000 Personen besuchte Kundgebung für die Sozialdemokratie statt, in der Ebert u. a. folgendes ausführte:

Die große deutsche Revolution wird keine neue Diktatur und keine Knechtschaft über Deutschland bringen, sondern die deutsche Freiheit fest begründen. Die politische Freiheit ist die Demokratie auf der festen Grundlage der Verfassung und des Rechts. Diese Demokratie unerschütterlich zu festigen, ist die Aufgabe der Nationalversammlung. Die junge deutsche Volksrepublik soll auf Recht und Vernunft aufgebaut sein. Für die Sozialdemokratie ist der Weg hierzu klar vorgezeichnet durch das Erfurter Programm der Partei, für dessen Grundzüge die deutsche Sozialdemokratie 50 Jahre gekämpft hat. Die konstituierende Versammlung wird die deutsche Nation, die jetzt auseinanderzufallen droht, wieder fest zusammenfassen. Keine Macht der Welt ist stark genug, die auf der Einheit deutschen Wirtschaftslebens beruhende politische Einheit der deutschen Stämme dauernd zu entzweien oder die Stämme gegeneinander auszuspielen. Für die Arbeiterschaft wäre nichts verhängnisvoller als ein Rückfall in die mittelalterliche Kleinrenterei mit ihrer wirtschaftlichen Rückständigkeit und politischen Kränklichkeit. Nicht Separatismus, sondern einheitliche Zusammenfassung aller schaffenden Kräfte des ganzen deutschen Volkes zu tatkräftiger Arbeit ist das Gebot der Stunde. Hier liegt die grundlegende Aufgabe der Nationalversammlung, wozu wir den endgültigen Frieden erwarten. Nur adäquate, leidenschaftliche Hingabe und eiserne Energie können das Zerstückelte wieder aufbauen. Ueberzeugung und Notwendigkeit gebieten uns, das in weitestem Sinne zu tun. In grundsätzlich demokratischem Geiste wollen wir die Gebiete des Wirtschaftslebens vergesellschaften, die dazu reif sind. Sozialismus ist nicht Selbstzweck, sondern nur ein Mittel, um Freiheit, Glück und Wohlstand des Volkes zu erhöhen. Nur da, wo die sozialdemokratische Wirtschaftsweise höhere Erträge bringt, dem Volke weniger Arbeitslast auferlegt und neue Möglichkeiten des Berufslebens eröffnet, ist der Sozialismus am Platze. Sozialistische Experimente in einzelnen Betrieben könnten nur zum Schaden der Arbeiter und zur Diskreditierung des Sozialismus ausschlagen. Um die sozialen Erfolge der Revolution brauchen die Arbeiter nicht besorgt zu sein. Der Kapitalprofit wird scharf erfasst und möglichst die Befestigung des arbeitslosen Einkommens erstrebt werden. Die Kriegsgewinne müssen reiflos eingezogen, die Erbschaftsteuer verschärft und ein Erbrecht der Republik geschaffen werden.

Eine Rede des Volksbeauftragten Barth.

Im 3. In der Nachmittags-Sitzung der Tagung der Soldatenräte des Heeres sprach auch der Volksbeauftragte Barth: Es ist bedeutend schlechter um Deutschland bestellt, als ihr alle wißt. Es ist meine Pflicht, nichts zu verheimlichen. Es ist so trübe und so schwer! Wenn wir nicht alles auf die Beine bringen, kommen wir

nicht weiter. Man weiß nicht, wie es gemacht werden soll. Die erste Sorge war für uns die Zurückbringung des Millionenheeres über den Rhein. Mit Dankbarkeit und Bewunderung habe ich gerade auf meiner Reise von Berlin nach hier feststellen können, wie dieses Heer durch Selbstzucht und Unterordnung es fertig gebracht hat, diese schwere Aufgabe zu lösen. Und ich kann Euch sagen, daß sich die Regierung in allen ihren Gliedern freuen wird, wenn sie davon Mitteilung erhält. Vor allen Dingen waren es die Arbeitertruppen, welche in den ersten Tagen das Werk der Rückführung der Truppen gestiftet haben. Trotzdem sind nur verhältnismäßig kleine Massen in Gefangenschaft geraten. Die größte Masse ist zurückgeführt. Leider waren wir auch gezwungen, gegen einzelne Offiziere, welche kein Verständnis für die Neuordnung der Dinge hatten, energisch vorzugehen. General Eberhard mußte zur Disposition gestellt werden. Aber alles dies ist in Uebereinstimmung mit der Obersten Heeresleitung und dem Kriegsministerium geschehen. Trostlos ist die Lage unserer Truppen im Osten. Es ist nicht wahr, daß die alten Nachhader alles gut organisiert hätten. Erbärmlich, schamlos, leichtfertig haben sie gehandelt, sonst wäre es nicht möglich, daß wir heute vor so schweren und unlöslichen Aufgaben ständen. Sie kennen die Stimmung der Bevölkerung in der Ukraine, im Baltikum, in Polen, in Finnland. Es ist nicht abzusehen, wie es möglich gemacht werden kann, die großen Truppenmassen aus dem Osten zurückzuführen. Selbst bei schnellster Durchführung wird es nicht möglich sein, die Leute vor den nächsten drei Monaten zurückzuführen, wobei immer noch große Mengen das Ziel zu Fuß erreichen müssen. Was das heißt, jetzt im Winter, angeht eine feindliche Bevölkerung, gibt furchtbare Perspektiven. Hoffen wir, daß es unserer Heere nicht geht, wie dem Napoleons im Jahre 1812. Unsererseits wird alles geschehen, um unseren Brüdern im Osten mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln zu helfen. Die Schuld daran tragen die Leute, welche in ihrem Rachdünkel glaubten, sich über alles hinwegsetzen zu müssen. Verhältnismäßig am besten hat es die Armee Radenlens, welche in Ungarn interniert wurde, weil sonst der Waffenstillstand von unseren Feinden nicht gehalten worden wäre. Die Nationalversammlung wurde von der Regierung mit vier gegen zwei Stimmen am 16. Februar ausgeschrieben. Ich muß gestehen, daß ich für eine derartig schnelle Wahl nicht war. Meine Bedenken für einen so frühen Termin begründe ich damit, daß noch niemals authentisch mitgeteilt wurde, daß die Nationalversammlung eine Voraussetzung für einen leichteren Frieden sei, daß die Besatzungsbestimmungen, die jetzt vorhanden sind und in Oberösterreich und dem Rheinland spekulatives Interesse haben, erst gelöst sein sollen, daß vor allen Dingen aber erst eine Klärung über die Ostfrage und Elsass-Lothringen vorzunehmen müßte. Elsass-Lothringen ist noch ganz und gar nicht nach Wilsons Erklärungen als zu Frankreich gehörig zu betrachten. Wenn wir aber die Nationalversammlung ohne Klärung dieser Fragen erledigen, dann darf man annehmen, daß wir stillschweigend die künftige Annexion durch Frankreich gebilligt hätten. Am Trostlosesten ist unsere Ernährungspolitik. Sie war eine Bankrottspolitik. Was uns da alles vorgelegen wurde, ist unglücklich. Was zulezt hat man uns gesagt, daß die Ernährung vollständig gesichert sei. Und jetzt tritt man vor uns hin und sagt, daß die Lebensmittelvorräte kaum für sechs Monate reichen, und das selbst nur bei verminderten Rationshöhen. Aber ohne Essen können uns unsere ganzen Arbeiten nichts. Rügen sollen die Dispositionen über die Rohstoffe und die Arbeitszeit. Aber wir wissen, daß wir noch zu einer weiteren Verminderung der Arbeitszeit schreiten müssen, weil es nicht möglich ist, in anderer Weise über die Rohstoffe zu verfügen, als daß wir sie gleichmäßig in Deutschland verteilen und dadurch eine gleichmäßige Bearbeitung, soweit wie möglich, herbeiführen. Der Mangel an Rohstoffen ist es, der uns zu einer weiteren Verkürzung der Arbeitszeit zwingen wird, und auch dann noch werden wir nur für einige Wochen Rohstoffe haben. Unter diesen Umständen müssen wir hier aussprechen, daß Deutschland nicht den Willen hat, irgendwie die Waffenstillstandsbedingungen zu brechen. Wir wollen es laut herausrufen, daß wir bereit sind, alles anzunehmen, was von der Entente diktiert wird. Sie sollen nur kommen, sie sollen es uns diktieren. Wir wollen es annehmen, weil wir wissen, daß alles dies noch weniger schlimm sein wird, als was das weitere Hinausschieben. Wir wollen doch endlich wissen, woran wir sind, damit wir in Ordnung kommen, um den Wiederaufbau des wirtschaftlichen Lebens beginnen zu können.

In vielfach kläglich unterbrochenen Ausführungen legte der Redner die Notwendigkeit der Ansiedlung auf dem Lande dar und betonte, was geleistet werden muß, um die ungeheuren Opfer, die uns der Krieg, durch die Unterhaltung der Kriegsbefähigten auferlegt hat, tragen zu können. Alles dies sei nur möglich durch die Ueberführung der Wirtschaft in den Sozialismus. Das würden heute auch die Nationalliberalen tun, wenn sie an unserer Stelle ständen.

Die Absichten Jodys.

Die in Gestalt eines Ultimatum von Koch geforderte sofortige Herausgabe der künftigen Lokomotiven, die Einbeziehung von Saarbrücken und Saarlouis in die von der französischen Okkupation verfügte Grenzsperrzone über Elsass-Lothringen und ähnliche Symptome werden in verschiedenen Blättern als Anzeichen von Absichten besprochen, die über die Waffenstillstandsbedingungen hinausgehen und sich nach einem weiteren Einrücken auf deutsches Gebiet deuten lassen. Der „Vorwärts“ schreibt in diesem Zusammenhang:

Der Versuch des französischen Generalstabs Jody, seinen Triumph mit dem Einzug in Berlin zu krönen, war schon längst erkennbar, er steht in diesem Augenblick vielleicht schon vor seiner Bewirkung. Die Besetzung Deutschlands ist unter den gegenwärtigen Umständen kein militärisches Kunststück, sie ist auch in keiner Weise eine militärische Notwendigkeit. Sie könnte es höchstens in dem Sinne sein, daß die sozialistische pazifistische Opposition im Westen durch eine letzte höchste Auspeitschung der nationalen Leidenschaften niedergeschlagen werden soll. Wir müssen unter den gegebenen Umständen allen Möglichkeiten ins Auge sehen und können dazu nur sagen: Im gegenwärtigen Augenblick sind wir machtlos und müssen alles über uns ergehen lassen, was über uns verhängt wird. Das Deutsche Reich kann aber nicht auf die Dauer als eine eroberte Provinz der Westmächte behandelt werden. Jeder Versuch, der in dieser Richtung unternommen wird, muß schließlich denen, von denen er ausgeht, und ganz Europa zum Verderben gereichen. Gewaltspolitik, sei es deutsche oder französische, kann der Welt kein Glück und keinen dauernden Frieden bringen, sondern nur immer neues Unglück. Zerfällt man in uns das Vertrauen zur internationalen Gerechtigkeit, bleibt uns nur das Vertrauen in die Kraft unseres Volkes, die unzerstörbar ist.

Schadenersatzvorschlage der Entente?

Der parlamentarische Mitarbeiter der „Daily News“ erklärt, daß die Alliierten folgende Schadenersatzvorschlage erweigen:

1. Es soll während einer Reihe von Jahren ein Schadenersatz in Geld für sämtliche in Belgien und Frankreich angerichteten Schäden geleistet werden. Die Schäden werden auf 2 bis 2 1/2 Milliarden Pfund Sterling berechnet.

2. Sämtlich verheereten Häuser in den Städten dieses Gebietes müssen durch deutsche Arbeiter neu aufgebaut, die Wege neu angelegt, die Schlachtfelder wiederhergestellt und das benötigte Material durch deutsche Arbeiter für die Alliierten zusammengebracht werden.

3. Es soll ein Schadenersatz geleistet werden, für den vernichteten Schiffsraum, und zwar auf Grund eines zwischen den Alliierten und den Zentralmächten abgeschlossenen Uebereinkommens, laut dem die deutschen Schiffe für die Rechnung der gesamten Welt fahren und auf deutschen Werften neue Schiffe für die britische oder die anderen Kaufkraftflotten gebaut werden müssen.

4. Neben dem Schadenersatz für Belgien und Frankreich soll eine weitere Entschädigung für die erlittenen anderen Verluste gezahlt werden.

5. Das gesamte in Deutschland vorhandene Gold wird den Alliierten ausgeliefert.

6. Die deutschen Kohlenwerke haben einen Teil der geförderten Kohle abzugeben. Diese Abgabe ist auf eine Reihe von Jahren zu zahlen. Außerdem ist die deutsche Kohlenproduktion unter die Kontrolle der Alliierten zu stellen.

7. Die in Italien, Serbien und Rumänien angerichteten Verletzungen müssen wieder gutgemacht werden.

Die Kapitulation Lettow-Vorbeck's.

Ab London, 2. Dezember. Reuters. Aus Lourenco Marques wird vom 25. November amtlich gemeldet, daß General von Lettow-Vorbeck sich mit 30 Offizieren, 125 anderen Europauern, 1165 Askaris, 1516 Trägern, 482 örtlichen und portugiesischen Trägern, 13 eingeborenen Häuptlingen, 283 männlichen Eingeborenen und 819 Frauen ergab. Die Askaris blieben bis zur Heimkehr in Tabora, die Deutschen bis zur Ueberführung nach Europa in Dar es Salaam.

Der Haß der Feinde.

Berlin, 3. Dezember. Die „Kreuzzeitung“ beruft sich darauf, daß sie oft genug ihre warnende Stimme erhoben habe, wenn der Glaube an den Zustand des Siegers aufschwande. Unsere Optimisten haben nicht mit dem Haß eines Clemenceau und seiner Befolgenschaft gerechnet, noch weniger aber mit dem realpolitischen Urteil der anderen Völker.

Der „Vorwärts“ sagt: Es gibt keinen Zweifel, daß die Gegner entschlossen sind, uns aufs Tiefste zu demütigen und zu verlegen, jeden Funken von Würde bei uns zu zersetzen. Der ungestuhte Kriegsschlag will seinen Triumph voll auskosten. Und da gibt es noch Leute, die durch Tonnetreiberei die Gefahr eines feindlichen Einmarsches in Deutschland vergrößern wollen.

Berlin, 3. Dezember. Als sehr bereichernd für die Stimmung in Frankreich spricht die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ eine ihr zugehende Meldung an, worin es heißt: Aus Frankreich zurückgekehrt hochgeehrte Holländer, welche die Stimmung leitender französischer Kreise kennen, sagten aus, daß erlöscht der Blau besand, aus Deutschland eine Ausbeutungspolitik zu machen. Demgegenüber, so sagt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ sei es wohl annehmbar, weitere und unnutige Wirtschafte zu vermeiden und ernstlich daran zu denken, durch eine beschleunigte Festlegung der innerpolitischen Verhältnisse einen Einfluss auf die künftigen Geschichte Deutschlands zu gewinnen, was noch zu retten ist.

Verwertung des frei werdenden Armeematerials.

Ab Berlin, 30. November. Eine Hauptvorfrage für die Wiederaufrichtung der heimischen Volkswirtschaft ist die reifliche Erlassung und Verwertung des ganzen durch die Demobilisation freierwerdenden Armeematerials jeder Art. Wer Heeres- oder Marinegut verschleudert, schadet offensichtlich, sich anzuemaschen oder unbenutzt verduftet, schädigt ebenso wie der Kauser solcher Güter den Volksgenossen, die ihrer am dringendsten bedürften, verhindert die Währung unserer Schulden, zu der der Erlös aus dem geordneten Verkauf dieser Güter beitragen soll, und vermehrte die finanziellen Kosten des gesamten Volkes. Es ergeht daher an jedermann der Aufruf dazu mitzuhelfen, daß von die in Milliardenwerten nichts durch Nachlassigkeit oder Untreue verloren geht. Dabei darf nichts als zu geringfügig angesehen werden. Zur Durchführung einer gezielten Verwertung des frei werdenden Heereserbes jeder Art ist das im Bereiche des Reichsschatzamt's errichtete Verwertungsamt für frei werdende Heeres-, Marine- und sonstiges reichseseigene Güter, Berlin NW 7, unter den Linden 78, ausschließlich bestimmt. Das Verwertungsamt wird Zweigstellen in allen Bundesstaaten und an groeren Plätzen des Reiches errichten. Alle Stellen werden ausgeschrieben, das Amt in seinen Arbeiten zu unterstützen.

Kaiser und Kronprinz. Eine holländische Agentur meldet, daß zwischen dem fuhreren deutschen Kaiser und dem Kronprinzen ein erster Knall besteht, der bis in die letzten Tage der Monarchie zurückgeht. Der Kronprinz hatte energisch darauf gedrungen, daß der Kaiser zurücktrete, damit er (der Kronprinz), nachdem er selbst auf den Thron bertigt haben würde, als Kaiser für seinen Sohn hätte auftreten können. Er hoffte, dadurch, daß er schnell auf seinen Thron verzichtete, die Monarchie retten zu können. Jetzt gibt er dem Kaiser Schuld an dem Ausbruch der Revolution. Seit den ersten Novembertagen schmelzen alle Beziehungen zwischen den beiden Hohenzollern abgedrockt zu sein.

Die Neuordnung im Reich.

Der Reichsausschuss.

Ab Berlin, 2. Dezember. Der künftig gewählte Reichsausschuss besteht laut Beschluss des Reichstages vom 20. November 1918 aus acht Groß-Berlinern (preussischen) Mitgliedern und aus acht Vertretern der auerpreussischen Bundesstaaten, ferne aus drei Mitgliedern der Ost- und Westfront und der Marine, zusammen 19 Mitgliedern.

Der Reichstag.

Ab Freiburg i. Br., 2. Dezember. Der Reichstagspräsident Vehrenbach erhielt vom Reichstagsburo heute folgendes Telegramm:

Von der Reichsregierung ist uns folgendes Schreiben zugegangen: Die Reichsregierung hat verurteilt, Sie zu beauftragen, am 1. Dezember 1918 an die Herren Reichstagsabgeordneten nur die Diäten auszahlen zu lassen, die im Falle einer erfolgten Reichstagsauflosung bezahlt werden müssen. Zugleich beauftragen wir Sie, die Einziehung der Eisenbahnfahrkarten der Herren Reichstagsabgeordneten veranlassen zu lassen. Ebert, Haase.

Darauf hat der Reichstagspräsident an die Reichsregierung und das Reichstagsburo folgendes telegraphiert:

An die Reichsregierung, Berlin. Laut telegraphischer Mitteilung haben Sie das Reichstagsburo angewiesen, am 1. Dezember 1918 an die Reichstagsabgeordneten nur die Diäten auszahlen, die im Falle einer erfolgten Reichstagsauflosung bezahlt werden müssen, sowie die Einziehung der Eisenbahnfahrkarten zu veranlassen. Diese Anordnungen sind gescheitert. Die freie Eisenbahnfahrt ist durch das Gesetz vom 22. Juni d. J. für die Dauer der Begleitungsperiode, die noch dauert, gewährleistet, und die Auszahlung der Dezemberdiaten darf nicht abhängig gemacht werden von der Nichterklarung der Reichstagsauflosung. Der Reichstag ist nicht aufgelöst, und ich protestiere namens des Reichstags gegen diese Geschehnisse. Die Regierung ist auch nicht berechtigt, dem Reichstagsburo mit Umgehung des Präsidenten Befehle zu geben zu lassen. Ich habe dem Büro verboten, der letzten Verurteilung nachzutun.

Fehrenbach, Reichstagspräsident.

An das Reichstagsburo, Berlin.

Die Verurteilung der Regierung bezüglich der Diäten und der Eisenbahnfahrkarten ist, solange der Reichstag nicht aufgelöst ist, geltend zu machen. Die Regierung hat auch nicht das Recht, mit Umgehung des Präsidenten Ihnen direkte Befehle zukommen zu lassen. Ich habe gegen diese Geschehnisse protestiert.

Frankfurt a. M., 2. Dezember. Alle Nachrichten über Maßnahmen unserer Feinde im besetzten Gebiet, wie z. B. Internierungen, sowie über sonstige Verhältnisse, Auslegung der Waffensanktionsbedingungen usw. sind mit größter Diskretion aufzunehmen, wenn sie nicht amtlich veroffentlicht werden oder vom Generalkommando befähigt sind. Der Arbeiter- und Soldatenrat des Stelld. Generalkommandos des 18. Armekorps.

Protest der Ostfront.

Ab Berlin, 2. Dezember. Auf die Ausführungen des Führers des Arbeiter- und Soldatenrates in Berlin, Rosenbahr, die vollkommen ungerechtfertigte Keuzerungen über die Ostverhaltnisse bringen, erging folgender Protest durch den Zentralrat der Ostfront:

Der Zentralrat der Ostfront ist erstaunt über die Keuzerungen von Ihnen, daß die in Russland liegenden Armeen wohl kaum an die Rückkehr denken können. Wir verstehen nicht, wie Sie derartiges in offener Versammlung sagen können, da doch die gänze Lage der Ostfront zu diesem Bestimmungskreis Anlass gibt, solange es den Arbeiter- und Soldatenraten geinigt, ihre Politik der Ruhe und Ordnung weiter durchzuführen. Mit derartigen Mitteilungen bewähren Sie die Stimmung in der Heimat und auch bei den Truppen, die davon Nachricht empfangen. Sie erschweren dadurch unsere außerordentlich großen Aufgaben und beschwören erst die Gefahr heraus, die Sie als schon vorhanden darstellen. Wir erlauben Sie dringend, über die Ostfragen nur unsere bevollmächtigten Vertreter sprechen zu lassen, die wirklich mit der Sachlage vertraut sind. Der Zentralrat der Ostfront.

Die Heimkehr des Alpenkorps.

Ueber den Rückmarsch des Alpenkorps, welches glücklich als Rosenfens Arme, in einer Stärke von 20 000 Mann, wenn auch nicht geschlossen, so doch in Einzelverbanden die Heimat erreichen konnte, wird der Köln. Zig. aus München folgendes berichtet:

Schon als das Alpenkorps Anfang Oktober unter dem Generalmajor Luschel, dem Onkel des bekannten gefallenen Fliegeroffiziers, an der Balkanfront eingesetzt wurde, strömten ihm die in völliger Auflösung stehenden Bulgaren entgegen. Am 12. Oktober begann der Rückmarsch, während die Serben langsam nachdrangten. Die durchweg bemannete kerbliche Zivilbevölkerung war ausführlich, Schwelmer gestaltet sich die Lage in Ungarn, wo der Budapest'sche Soldatenrat, mit dem man in telephonischer Verbindung stand, die Bahnzugle stets verpackt, aber niemals wirklich hielt. In Szegedn mußten von den etwa 15 000 Pferden des Alpenkorps viele um zehn Kronen verkauft, andere erschossen werden. Die Verbindung mit der weiter südwärts marschierenden Armeewandlung hielt ein einziger Flieger des Alpenkorps aufrecht. Der Fuhrmarsch von fast 1000 Kilometer, wobei manche der Fußbekleidung ermangelten, ging bis in die Nähe Budapests, wo man die zur Besetzung der Stadt bestimmte französische Division vorbeifahren sah. Leute, die sich absonderten, wurden von den Ungarn entpfeuert und zur Herstellung der zerstörten Bahnen nach Serbien geschickt. Das Alpenkorps als solches blieb bemannet und erzwang sich schließlich in der Nähe Budapests die Rückbeförderung in wenigen offenen Kohlenwagen.

Unsere U-Boote.

Reuters meldet, man glaube, daß Deutschland während der gesamten Kriegszeit im ganzen 300 Unterseeboote gebaut habe, von denen etwa 200 vernichtet worden seien. Von möglicherweise Seite erfährt man, daß die deutschen Tauchboote richtig einlaufen und daß die Gesamtzahl der abzuliefernden Tauchboote etwa 150 betragen würde.

Bekanntlich hat der Verband ursprünglich auf Grund dieser Rechnung die Auslieferung von 100 Tauchbooten verlangt. Als Erbsberger erklärte, daß diese Forderung nicht erfüllt werden könne, weil Deutschland überhaupt keine 100 Tauchboote besitze, wurde der diesbezügliche Waffensanktionsparagraf dahin abgeändert, daß statt der Zahl 100 die Worte „alle Tauchboote“ in den Vertrag hineingesetzt wurde.

Wilhelm II. und die Entente.

London. Der parlamentarische Korrespondent der „Times“ schreibt: Der Beschluss, Wahrgelien gegen den deutschen Kaiser zu ergreifen, ist augenscheinlich eine Keuzerung der Wahlfrage. Der Kriegsminister kam zu folgenden Schlüssen: 1. Es liegt in der Macht der alliierten Regierungen, die Auslieferung des Kaisers zu verlangen. 2. Die britische Regierung wird alle nötigen Schritte tun, um die Auslieferung durchzusetzen. 3. Wenn die Auslieferung gescheitert ist, muß der Kaiser zum Tode verurteilt werden. Es wird mitgeteilt, daß das Ministerium keinerlei Aktionen beginnen wird, bevor die

Ab Kiel. Wie wir von zuständiger Quelle erfahren, ist Sonntag nachmittag eine Flotille von 12 englischen Zerstorern, die durch den Sund in die Ostsee eingelaufen waren, in Libau angekommen. Die englische Marinekommission trifft morgen in Wilhelmshaven ein.

Ab Berlin, 2. Dezember. Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, entsprechen die aus Olag hierher gelangten Meldungen über einen angeblich scheidenden Bormarsch gegen die Grafschaft Olag nicht den Tatsachen.

Das linke Rheinufer. „Homme Libre“, das Blatt Clemenceaus, schreibt: Die Entente habe ihren Willen dahin bekundet, daß das linke Rheinufer bei Frankreich zu belassen sei.

Kaen. Die Belgier, die am Samstag die Stadt besetzten, haben sofort eine Reihe strenger Bestimmungen erlassen und auf zahlreiche Verurteilungen die Todesstrafe gelegt. So muß jeder Bürger vor einem feindlichen Offizier den Bürgersteig verlassen und grüßen. Alle Kassen müssen abgeliefert werden. Wer mit einer Waffe an der Straße betreten wird, wird auf der Stelle erschossen. Es sind 3000 Geiseln aus den ersten Kreisen der Bevölkerung genommen worden, die täglich wegen anderer ausgeliefert werden. Die Belagerung wurde in Schulen eingewurkelt.

Generalsiebel v. Heeringen — Präsident der Kriegerebene. Wie wir hören, ist Generalsiebel v. Heeringen, der frühere Kriegsminister und Führer der bekannten Heeresgruppe im Süden der Westfront, zum Präsidenten des Deutschen Kriegerbundes und des Preussischen Landes-Kriegerverbandes gewählt worden. Als Präsident des Preussischen Landes-Kriegerverbandes ist er gleichzeitig Präsident des Kriegerbundes der deutschen Landes-Kriegerverbande. Der neue Führer der Kriegerebene steht vor einem dankbaren Felde der Latizier.

Die Abdankungsurkunde des Kronprinzen.

Haag, 3. Dezember. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ erfährt von möglichster Stelle, daß die Abdankungsurkunde des Kronprinzen am Dienstag erscheinen soll. Wie es heißt, dankt der deutsche Kronprinz nur für sich, nicht aber für seine Nachkommen ab.

Die Kontributionen an die Verbandstruppen.

Berlin, 3. Dezember. Nach inzwischen eingegangenen Meldungen sind die von dem Verband geforderten Kontributionen von 10 bzw. 20 Millionen Mark nicht von den Städten Düren und Köln zu entrichten, sondern die genannten Beträge sollen nur in den beiden Städten Köln und Düren zur Ablieferung gelangen.

Im besetzten Gebiet.

Köln. Wie die Kölnische Zeitung von wohlunterrichteter Seite erfährt, hat der Vorsitzende der französischen Waffensanktionskommission in einer der letzten Sitzungen eine Note überreicht, in der die Bedurfnisse der Besatzungstruppen für die nächste Zeit angemeldet wurden. Die Engländer verlangen eine monatliche Kontribution von 40 Millionen Mark. Hiervon sind von der Stadt Düren 10 Millionen Mark bis zum 5. Dezember, von der Stadt Köln 30 Millionen Mark bis zum 12. Dezember zu entrichten. Die Amerikaner verlangen einweilen 54 Millionen Mark. Der und Zeit der an Amerikaner, Belgier und Franzosen abzuliefernden Beträge werden noch bekannt gegeben.

Köln'schen Vorbereitungen für die Belagerung.

In Köln ist man schon recht tätig, die Ehrenpforten abzubauen und die Türme einzuziehen. Um noch möglichst viel Kriegsgut retten zu können, erlast der Gouverneur an die Bevölkerung einen Aufruf, wonach Prämien für die Hilfe gezahlt werden an alle, die die Geschütze noch rechtzeitig hinter die neutrale Zone schaffen. Es werden für Feldgeschutze 100 Mark gezahlt und für

die Fuartilleriegeschutze 200 Mark. Das Gouvernementsgericht Köln schließt heute seine Pforten, nachdem es seit 1915 bestanden hat. Die Stadtverwaltung tut ihr möglichstes, um die bei Belagerung kommenden Engländer zufriedener zu stellen. Sie läst die Kasernen, die von den Soldaten nicht zum besten verlassen werden, berichten.

Saarbrücken. Auf Anordnung der französischen Kommandantur wird eine Aufenthaltserlaubnis der Bevölkerung vorgenommen; die Jahrespapiere mit Ausweisen werden von französischen Militärpersonen entgegengenommen, denen ein Dolmetscher beigegeben ist. Die Zeitungen stehen zwar nicht unter Zensur, müssen aber im Augenblick des Erscheinens je 3 Belegexemplare der französischen Kommandantur einreichen. Angriffe auf die Alliierten und Förderung des Bolschewismus sind ausdrtlich verboten. Bei Strafe der Unterdrückung dieser die Belagerungstruppen nicht als feindlich bezeichnet werden. — In Billigen sind die ersten Requisitionen (nach Heu und Stroh) vorgenommen worden. Die Post wird von dort nur nach den besten Orten der Umgebung befördert; alle weiteren Sendungen werden täglich von der französischen Division, die in Differten ihren Sitz hat, in Empfang genommen und dann von dieser, angeblich ohne Freizung des Inhalts, weiter geleitet. Der Billinger Flug-Kommandant, der seine Bereitschaft erklärt, Uebergriffe der Belagerung zu ahnden, hat einen dortigen Einwohner mit 15 Tagen Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe belegt, weil er eine verleumdende, d. h. nicht der Wahrheit entsprechende Anzeige gegen französische Soldaten erhoben habe. — In St. Wood plünderte der Pöbel der umliegenden Industrieorte das Proviantamt und die Infanterie-Kasernen völlig aus und brannte sie nieder. Bei der Abwehr des ersten Ansturms durch die Burgergarde soll es 4 Tote gegeben haben. Auch die Teltlinger Ziegelei und das Huelringer Schloß bei Oberhomburg sind durch Brandlegung zerstört worden.

Die schwarzen Truppen in der Pfalz. Der Oberkommandant der Pfalz, Hauptmann Gildardi, meldet: 1. Das Gendarmeriekommando Gerzheim berichtet am 26. November vormittags: Zwischen 10 und 11 Uhr wurde auf dem Feldwege von Nieder-Gallbach nach Gerzheim im Bezirksamt St. Ingbert von einem Soldaten der feindlichen Besatzungsarmee — ein Neger von der Insel Madagaskar — an der Bauerstochter Anna Krame von Nieder-Gallbach das Verbrechen der Notzucht verübt. Der Vorfall wurde dem in Nieder-Gallbach untergeordneten Offizier der Ententetruppen gemeldet. 2. Bezirksamt Zweibrücken berichtet unter dem 28. November: Am 25. November zwischen 6 und 7 Uhr wurde die ledige Anna Stal von Mansbach bei Bornbach von einem französischen Soldaten in Uniform (weißer Franzose) vergewaltigt. Hierzu ist zu bemerken, daß an der Südgrenze des Besatzungsraums französische Marineinfanterie, französische Negers und Fremdenlegionäre stehen. 3. In Kroppen, Bezirksamt Rieffelsheim, örtliche der französische Major, welcher dem Bezirksamtmann mit Einsperren gedroht hatte, den protestantischen Pfarrer, weil ihn dieser nicht gegrüßt hatte.

Die deutsche Waffensanktionskommission hat gegen die Verwendung schwarzer Truppen zur Besetzung deutscher Gebiets energisch protestiert. Nachdem die Franzosen durch die Heranziehung von schwarzen Mannschaften die Solidarität der weichen Masse bereits tief erschuttet haben, krönen sie diese Kriegspolitik durch die Entsendung schwarzer Truppen zur Besetzung deutscher Städte. Schon jetzt hat sich gezeigt, daß die Franzosen ihre schwarzen Freunde nicht erst in der Hand haben. Die Verbrechen gegen Frauen und Wabden haben sich gehäuft. Das sollte namentlich den Amerikanern zu denken geben, die aus eigener Erfahrung wissen, daß die Schwarzen ziellos sind, wenn sie freie Hand haben.

Zurückziehung der Farbigen. Der Pariser „Temps“ meldet, daß die französischen Kolonialtruppen infolge eines Befehls des Ministerrats aus dem besetzten deutschen Gebiet zurückgezogen werden.

Berlin. Die feindlichen Kriegsgefangenen, die aus Deutschland bei den Verbandsheeren angekommen sind, beschwerten sich bitter über ihre plötzliche Entlassung und verlangten strenge Bestrafung derjenigen, die für ihre plötzliche „Befreiung“ verantwortlich sind. Unter diesen Umständen kann es geschehen, daß der Verband sich an die Arbeiter- und Soldatenräte hält, die in besserer Absicht die Kriegsgefangenen in den ersten Tagen der Revolution freigelassen haben, ohne sich freilich über die vollen Folgen ihres Tuns klar zu werden und die Notwendigkeit zu bedenken, daß die Kriegsgefangenen bis zu ihrer Uebergabe gut versorgt werden müssen. — Diese von unseren Revolutionären in besserer Absicht, aber voreilig entlassenen Gefangenen und solche, die aus den Lagern entwichen sind, sind diejenigen, die in mangelhaftem Ernährung- und Bekleidungsstand bei ihren Landbesitzern angekommen sind und dort den Anlaß zu heftigen Kriegen und den schärften Drohungen gegeben haben. Daß man damit drüben voreilig und ohne Grund verallgemeinern handelte, beweist die Tatsache, daß wegen der über Dänemark ordnungsmäßig ausgelieferten englischen Gefangenen bisher keine Kriegen laut geworden sind. Es sei auch bei dieser Gelegenheit wieder betont — es kann gar nicht zu oft gesagt werden —, daß nach wie vor wir es sind, die über die Gefangenenbehandlung bitter zu klagen viele Gründe haben: den ganzen Krieg hindurch haben unsere gefangenen Landsleute in der ganzen Welt sich über schlechte Behandlung beklagen müssen, und jetzt beim Waffenstillstand werden sie festgehalten, während die gefangenen gewesenen Gegner ihrer Freiheit zurückgehalten. Wo bleibt bei dieser wahrscheinlichen Einseitigkeit Recht und Gerechtigkeit, wofür allein man drüben angeblich gekämpft hat? Das Recht steht dafür keinen stichhaltigen Grund, und deswegen verlangt das deutsche Volk nachdrücklich von seinen zuständigen Vertretern, daß sie kein Mittel unverzüglich lassen, um auch unseren gefangenen Landsleute die lange und heiß erlebte Freiheit wiederzugeben. Möge die neue deutsche Kommission zur Untersuchung der Anklagen wegen vollstreckungswidriger Behandlung der Kriegsgefangenen in Deutschland sich als ein solches Mittel erweisen! Mit ihrem ernstlichen Streben nach Wahrheit und Gerechtigkeit ist sie sicher auf dem rechten Wege; ob sie aber auch für ihr sehr weitgehendes Entgegenkommen gegen die gegnerischen Regierungen Dank finden wird, darf nach allen unseren Erfahrungen nicht bezweifelt werden. Oder glaubt jemand, daß man auch in Frankreich eine entsprechende Kommission einsetzen und deutschen Vertretern das Recht der Teilnahme an ihren Sitzungen geben könnte?

Ab Berlin, 3. Dezember. Die deutsche Waffensanktionskommission meldet aus Spaa: Die Entente sicherte unseren in Spanien sich befindlichen Truppen freies Geleit nach Deutschland zu. Von polnischer Seite wird in den letzten Tagen in Schweizerischen Blättern behauptet, daß die Pogrome in Galizien auf alldoische Umtriebe zurückzuführen seien. Von amtlicher Seite wird erklärt, daß diese Behauptungen völlig frei erfinden sind und den Versuch Polens darstellen, sich von der schweren Schuld an den furchtbarsten Verbrechen reinzuwaschen. Die deutsche Regierung bedauert lebhaft die Ausführungen gegen die jüdische Bevölkerung in Galizien und Kongresspolen.

Die Auslieferung der Lokomotiven.

Berlin. Der Generalsiebel'sche Hof habe an die deutsche Waffensanktionskommission eine befristete Anfrage bezüglich der Auslieferung der stärksten und besten Lokomotiven gerichtet. Daraufhin hat der Vorsitzende der deutschen Waffensanktionskommission, Staatssekretär Erzberger, den Vermittlungsversuch gemacht, daß Deutschland alle gegenwärtig in Auslieferung befindlichen Lokomotiven nach Fertigstellung abliefern werde, und als Tag der Ablieferung den 1. Februar 1919 vorgeschlagen. Dabei war die Bedingung gestellt, daß die Franzosen die in Belgien und Nordfrankreich beschlagnahmten Lokomotiven auf diese Zahl in Anrechnung bringen würden. Wie ich erfährt, hat Hof sein Einverständnis hiermit erklärt. Die gestellte Frist war Montag vormittag abgelaufen. Aus der Ueberlieferung haben die Franzosen keine Folgerungen gezogen.

Soll über Elag-Lothringen.

Berlin, 2. Dezember. Im Laufe einer Unterredung, die der Staatssekretär des Auswärtigen, Dr. Solf, mit einem Vertreter von B. L. B. hatte, kam es auch auf die neuerrichtete Zentralstelle des Verbandes der Elag-Lothringer im Reich zu sprechen, die sich zum Ziel gesetzt hat, den aus ihrer Heimat geflohenen oder noch zu erwartenden Landsleuten mit War und Tat beizustehen.

Der Staatssekretär erklärte, daß er den Elb-Bohrer Angelegenheiten dauernd größte Aufmerksamkeit schenke, und daß ihm wohl bekannt sei, in welche bedrängte Lage viele Elb-Bohrer jetzt gekommen seien. Er fügte hinzu:

Die französische Presse stellt es so dar, als sei ganz Elb-Bohrer von einem Freudentaumel über die Wiedervereinigung mit Frankreich befallen. Die Tendenz dieser einseitig dirigierten Kundgebungen ist doch etwas sehr durchsichtig. Frankreich will der Welt vorgeben machen, daß Elb-Bohrer ein zu neuem Zeitalter deutsches Sprachgebiet und uraltes deutsches Kulturland ist. Es will die öffentliche Meinung seiner Verbündeten und die des neutralen Auslandes darüber hinwegtäuschen, daß Deutschland in den 44 Jahren, die Elb-Bohrer zum Reiche gehört hat, dort wirksame Kulturarbeit geleistet und durch weitestgehende Fürsorge die wirtschaftlichen und geistigen Kräfte des Landes in hervorragendem Maße gefördert hat. Man verheißt uns mit dem oberflächlichen Gerede von der Unbeliebtheit unserer Beamenschaft. Daß nicht alle Beamten für die heisse Mission paßten, vor die sie in Elb-Bohrer gestellt waren, bestreite ich nicht. Ich behaupte aber mit aller Entschiedenheit, daß die deutsche Verwaltung in Elb-Bohrer gut gearbeitet und daß sie auf dem Gebiete der Sozialpolitik und der sozialen Fürsorge Rüstergüter, von keinem anderen Lande Erreichtes geschaffen hat. All dies wird unversehrt bleiben und wird in Gedanken der dankbaren Nachwelt zum Ausdruck kommen. Bewegten Herzens denkt das deutsche Volk in diesen Tagen an die treuen Pioniere des deutschen Gedankens in Elb-Bohrer und ihrer Rot und ihrer Sorge. Wir haben eine große Dankeschuld an sie abzutragen. Von ihren engeren Verwandten verbannt, ja selbst bedroht, haben sie als Schwärmer des völkischen Deutschlands ihre ganze Persönlichkeit für die deutsche Sache eingesetzt, haben sie eingetret in oft schwieriger Lage, treu und unerschrocken. Sie mögen getrosten Rutes sein. Die heutige, wie jede kommende Regierung, wird ihnen eine herliche Aufnahme bereiten, wenn sie wünschen sollten, sich in anderer deutscher Gauen einen neuen Herd zu gründen. Deutschland ist stolz auf diese seine treuesten Söhne und bietet ihnen einen Platz in Ehre und Achtung an, von dem sie mitarbeiten können an der Wiedervereinigung Deutschlands und an der Wiederbelebung der großen gewaltigen Kräfte, die ungebeugt durch das Unglück dieses Krieges in der Seele des deutschen Volkes schlummern.

Aus Berlin meldet Wolff: Im Reichsamt des Innern wird eine Zentralstelle eingerichtet, in der die Angelegenheiten der Elb-Bohrer Beamten und Beamtinnen bearbeitet werden. Die Aufgabe sind an die Zentralstelle für elb-Bohrer Beamte im Reichsamt des Innern, Berlin W 8, Wilhelmstraße 74, zu richten.

Ein Abschiedsgruß des früheren Kronprinzen.

Berlin. Unter dem 11. November hat der bisherige Kronprinz sich mit folgendem Erlaß von seiner Heeresgruppe verabschiedet:

An meine Armeen! Nachdem S. M. der Kaiser den Oberbefehl niedergelegt hat, bin auch ich durch die Verhältnisse gezwungen, nun, da die Waffen ruhen, von der Führung meiner Heeresgruppe zurückzutreten. Wie immer bisher, so kann auch heute ich meinen tapferen Armeen, jedem einzelnen Mann nur aus tiefstem Herzen danken für ihren Heldennut, für die Opferfreudigkeit und Entschlossenheit, mit der sie alle Gefahren ins Auge gefaßt und alle Entbehrungen willig für das Vaterland ertragen haben, in guten und in bösen Tagen. Mit den Waffen ist die Heeresgruppe nicht besetzt. Hunger und bitterer Not haben uns bezwungen. Stolz und hoherhobener Hauptes kann meine Heeresgruppe den mit dem besten deutschen Blut erkämpften Boden Frankreichs verlassen. Ihr Schild, ihre Soldatenehre ist fleckenlos und rein. Ein jeder sorge, daß sie es bleibt, hier und in der Heimat! Wie lange schwere Jahre durfte ich mit meinen Armeen sein in Sieg und Not, vier lange Jahre schützte ich mit ganzem vollem Herzen meinen treuen Truppen. Tief erschüttert scheid ich heute von ihnen und neige mich vor der gewaltigen Größe ihrer Taten, die die Geschichte einst in kommenden Worten der späteren Geschlechter künden wird. Nun steht zu Eueren Führern treu wie bisher, bis ihr Befehl Euch freigeben kann für Weib und Kind, für Heimat und Herz! Gott mit Euch und unserm deutschen Vaterland!

Der Oberbefehlshaber, gen. Wilhelm, Kronprinz des Deutschen Reiches und von Preußen.

Kronprinz Rupprecht von Bayern.

Ueber den Aufenthaltsort des Kronprinzen Rupprecht sind in letzter Zeit mancherlei wilde Gerüchte umgegangen. So hieß es unlängst, er sei nach der Schweiz geflüchtet und habe dort Besprechungen mit ausländischen Staatsmännern. Alle diese Gerüchte sind, wie der „Bayerische Kurier“ mitzuteilen weiß, irrig. Kronprinz Rupprecht hat bis nach dem Waffenstillstand bei der Truppe ausgeharrt und sich dann nach Bayern beggeben, wo er sich auch jetzt aufhält, und zwar auf einem ungenannten Schloß. Das Blatt macht dann noch verschiedene interessante Angaben, aus denen folgendes wiederzugeben sei: Kronprinz Rupprecht hat, wie in engeren Kreisen bekannt ist, in vielen militärischen, politischen und namentlich auch in der Friedensfrage seit langem einen Standpunkt eingenommen, der vielfach von dem in Berlin und bei der Obersten Heeresleitung herrschenden, abwich. Zum erstenmal trat er nach der zweiten Sommerkämpfe im Jahre 1916 entschieden für einen Friedensschluß ein. Es fiel damals aus seinem Munde das authentische Wort, der beste Erfolg für uns bestehe darin, wenn der Krieg wie das Hornberger Schloß ausgehe. Mit besonderem Nachdruck befürwortete er in den ersten Monaten des jetzigen Jahres die Anbahnung eines Friedens mit der Begründung, der Augenblick, in dem unsere Truppen im Osten frei würden, sei als besonders günstig anzusehen, nicht für eine Offensive, sondern für ein Friedensangebot. Kronprinz Rupprecht hat diese Anschauung auch in einer Denkschrift an den Reichskanzler vertreten und in einer anderen dringlichen Vorstellung, die er schriftlich an den Kaiser richtete, in der er mit besonderem Nachdruck die Ansicht vertret, wir müßten unbedingt Frieden schließen. Die Antwort erfolgte auf dem Umweg über die Oberste Heeresleitung. Daß Kronprinz Rupprecht militärisch ja manchmal im Gegensatz stand zur Auffassung der Obersten Heeresleitung, besonders zu Ludendorff, ist kein Geheimnis. Zu einem schärferen Konflikt kam es im letzten Frühjahr. Kronprinz Rupprecht stand bei seinem Bormarsch gegen Amiens vor der Vollendung des Durchstoßes, mit dessen Weitergang er bestimmt rechnete und bestimmt rechnen konnte, als die Nachricht von Ludendorff eintraf, daß der Bormarsch einzustellen sei. Ludendorff hatte nämlich den Befehl gegeben, daß die Heeresgruppe deutscher Kronprinzen wieder anzugreifen habe. Was ihn dazu veranlaßte, ist unklar. Es ist auch schließlich kein Geheimnis, daß man im Hauptquartier des Kronprinzen Rupprecht Ludendorff seit langem dahin einschätzte, daß ihm zwar eine ganz unausgeglichene Willenskraft eigen sei, die aber durch eine entsprechende Verstandesstärke nicht ausgeglichen werde. Da man kam zu dem Ergebnis, daß Ludendorff strategisch nicht auf der Höhe sei. Es kam zwischen dem Kronprinzen Rupprecht und Ludendorff zu Meinungen und vom Sommer ab waren alle Beziehungen zwischen dem Kronprinzen und Ludendorff abgebrochen. Noch in den letzten Tagen des Krieges hat Kronprinz Rupprecht es durchgesehen, daß von einer wünschenswerten Idee Abstand genommen wurde. Man hatte auf deutscher Seite neue Bomben erfunden, von denen jeder Flieger mehrere tausend Stück mit sich führen konnte. Damit wollte man noch kurz vor dem Waffenstillstand Paris beschließen und mindestens ein Viertel in Brand setzen. Kronprinz Rupprecht ist entschieden dagegen aufgetreten und hat auch beim Reichskanzler Vorstellungen erhoben. Das Ergebnis war, daß v. Sinsge zu Ludendorff fuhr und daß die neuen Bomben nur in kleinem Maßstabe zur Anwendung gelangten.

Zur Abdankung Wilhelms II.

Eine Erklärung des Prinzen Heinrich.

Berlin. An der „Kreuzzeitung“ läßt Prinz Heinrich von Preußen, der Bruder Wilhelms II., folgende Rundrede an alle Familienmitglieder des königlich preussischen Hauses:

Durch Erlaß meines Königs vom 28. November 1918 aus Amerongen sind alle Beamte des Deutschen Reiches und Preußens, sowie alle Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften des Heeres und der Marine ihres Treueid entbunden. Formell sind also auch wir in Offizier- oder Beamtenstellen befindliche Angehörige des preussischen Königshauses von diesem Treueid entbunden. Nicht nur steht es nunmehr jedem frei, sich im Staatsdienst nach dessen Art zu betätigen, sondern es wird das zur Nichtgegen das Vaterland, das uns geboren, und dem wir mit vollster Hingabe

bis auf den heutigen Tag dienen. Auch handeln wir im Sinne uneres Königs, welcher in seinem Thronverzicht vom 28. November ausdrücklich auf eine Mitarbeit zum Wohle unseres Volkes hinweist. Als Senior der zur Zeit in Preußen und dem Deutschen Reiche wohnhaften Mitglieder des preussischen Königshauses erkläre ich hiermit, daß trotz der Resonanz im Reiche und in Preußen, welche ich unter dem Druck der Verhältnisse anzuerkennen gezwungen bin, ich bestreite sein werde, einer geordneten, geachteten und verantwortungsvollen Regierung zur Erlangung erträglicher Verhältnisse zu helfen, daß ich aber andererseits mich persönlich bis an mein Lebensende an die Person unseres Königs als gebunden erachte und alles tun werde, was in meinen Kräften steht, um Schaden von ihm abzumenden, ihn als mein alleiniges Familienoberhaupt respektlos anerkenne. Indem ich diesen meinen Standpunkt allen Mitgliedern des königlich preussischen Hauses hiermit zur Kenntnis bringe, erhoffe ich von vielen eine gleiche Bestimmung.

Herrenhaus Himmelmart bei Gernsriede, 1. Dezember 1918.

Heinrich, Prinz von Preußen, Großadmiral.

Im Anschluß daran weist die „Kreuzzeitung“ darauf hin, daß die Abdankungsrede des Königs vom 28. November, die Befreiungsmachung von seinem Rücktritt durch den damaligen Kanzler, Prinzen Max von Baden, vom 9. November datiert. Dadurch würden die Zweifel verstärkt, daß der Kaiser am 9. November tatsächlich schon eine formelle Erklärung seiner Abdankung abgegeben habe, zumal die nächsten Verwandten des Königs in Potsdam von seinem Entschluß zu dieser Zeit keine Kenntnis hatten. Aus dem Haag ist dem „Berliner Tageblatt“ gemeldet worden, Kaiser Wilhelm habe sich stets nur zum Verzicht auf die Kaiserkrone, nicht zum Verzicht auf die preussische Krone bereit erklärt, und als am 9. November in Berlin die Ereignisse drängten, habe die Regierung von sich aus die Abdankung des Königs erklärt und dieser selbst habe erst durch die Veröffentlichung durch Wolffs Telegraphenbureau davon erfahren und seine Zustimmung gegeben. Diese Darstellung klingt der „Kreuzzeitung“ wahrscheinlich, und sie hält es für an der Zeit, daß Prinz Max sich zu dieser Frage äußert. Die spätere Unterzeichnung der Abdankungsurkunde lasse ferner vermuten, daß der Text erst zwischen dem scheidenden Kaiser und der jetzigen sozialistischen Regierung festgelegt worden sei. Das Blatt meint, daß der Monarch ursprünglich eine andere mehr zu Herzen gehende Form gewählt habe, die der Regierung oder dem Volksgesamt der Arbeiter- und Soldatenräte als eine Stärkung des monarchischen Gedankens mancher deutschen Kreise angesehen werden zu sein scheint. Weitere Verhandlungen unter dem Druck der Umstände mögen dann wohl dem Kaiser die Zustimmung zu der bekannt gewordenen Form der Abdankung abgerungen haben. Es sei geboten, daß diese Vorgänge einwandfrei nach ihrem historischen und sachlichen Gang ausführlich dargelegt würden.

Wo liegt die Schuld am Kriege?

Das „Echo de Paris“ greift offen zu, daß sich England und Frankreich schon lange vor dem Jahre 1914 zusammengeschlossen haben, um Mitteleuropa widerstehen zu können. Damit rechtfertigt das „Echo de Paris“ nachträglich die deutsche — jetzt verurteilte — Kriegsvorbereitung. — Man wird hier auch fragen dürfen: War das Ziel der Vorkriegspolitik seit 1871 etwa nicht der Krieg gegen Deutschland? Ebenso das Ziel des widerrechtlichen Bündnisses der französischen Republik mit dem Rußland des Jahres? Ebenso das Ziel der „Entente“ mit England?

Eine Unterredung mit General Liman v. Sanders.

Ein englischer Berichterstatter hatte in Konstantinopel eine Unterredung mit Liman v. Sanders, wonach der General folgendes gesagt haben soll: Im August habe er alle Hoffnung aufgegeben gehabt und Ludendorff telegraphisch um Verstärkung gebeten, wenn eine Katastrophe vermieden werden sollte. Die türkischen Truppen in Palästina, unter denen sich nur 1200 Reiter befanden hätten, seien so schwach gewesen, weil alle Reservisten nach dem Kaukasus und Persien geschoben worden seien. Er habe dagegen bei Anker Basha Einspruch erhoben, sei aber überstimmt worden. Er habe dann zweimal um seine Entlassung nachgesucht, doch habe die deutsche Regierung ihn zum Bleiben veranlaßt.

Gegen Solf und Erzberger.

Ab Berlin, 2. Dezember. Der Volksgesundheitsrat Groß-Berlins hat im Einverständnis mit dem bayerischen Volksgesundheitsrat beschlossen zu fordern: 1. daß die vom Volksgesundheitsrat gestellte Forderung des sofortigen Rücktritts Solf's schleunigst erfüllt wird; 2. daß an Stelle von Solf ein Mann tritt, der stets ein Gegner des alten Systems und der Kriegspolitik war; 3. Zustimmung, daß Erzberger an den Friedensverhandlungen nicht teilnimmt.

Verständigung der liberalen Parteien.

Ab Berlin. Wie wir von beteiligter Stelle erfahren, haben die über die Vereinigung der deutschen demokratischen Partei und der deutschen Volkspartei geführten Verhandlungen unter den damit betrauten Persönlichkeiten zu einer vollen und grundsätzlichen Verständigung geführt. Die Abmachungen werden voraussichtlich heute ihren formellen Abschluß finden.

Ab Berlin, 3. Dezember. Der Reichstagsabgeordnete Dr. Quara ist zum Beigeordneten im Reichsamt des Innern ernannt worden und hat gleichzeitig den kommissarischen Auftrag erhalten, im Auswärtigen Amt gemeinsam mit Kautsky die Prüfung des Krieges vorzunehmen.

Berlin. Wie die „Kreuzzeitung“ hört, ist versucht worden, daß Offiziere, Sanitätsbeamte und Militärbeamte des Befehlshabers, auch diejenigen, die zum Feldherrn kommen, ihre Friedensgarnison oder den Demobilisationsort erreicht haben, vom 1. Dezember ab nur das Friedensgehalt beziehen.

Das Ergebnis der Volkspende für Kriegsbeschädigte. Der Volkspende sind aus dem Reich über 150 Millionen Mark zugeflossen. Dieses glänzende Ergebnis übersteigt bei weitem die Erträge aller bisherigen Kriegswohlfahrtsveranstaltungen.

Karlsruhe. Die Volkspartei in Karlsruhe beabsichtigt dem Vernehmen nach, dem bisherigen Großherzog und der großherzoglichen Familie das dem Staate gehörige Schloß Baden, an das ein wunderbar gepflegter Schlossgarten angrenzt, zum Wohnsitz zu überlassen.

Der Gesamtverlust der deutschen Lehrerschaft an Gefallenen während des Weltkrieges wird auf weit über 20 000 geschätzt.

Die Gesamtverluste Oesterreichs im Kriege betragen bis Mitte Mai 1918 an Toten und Verwundeten 4 Millionen Mann; davon werden als gefallen 800 000 Mann und 17 000 Offiziere genannt.

Raffaische Nachrichten.

Mc Wiesbaden. Bezüglich des Termines, zu welchem die Besetzung unserer Stadt durch die Truppen der Entente zu erwarten ist, erfahren wir unverbindlich, daß der Brückenkopf, d. h. das Gelände diesseits von Mainz, bis zum 7. Dezember geräumt sein müßte.

Mc Unser 80. Regiment wird während der Besetzung von Wiesbaden durch die Truppen der Entente seinen Standort in Braunfels an der Bahn bezw. den benachbarten Ortschaften haben. Zur Zeit weilt das Regiment, wie wir hören, in Düsseldorf bezw. in der Nähe dieser Stadt.

Wiesbaden. Nach kurzem Dasein ist die Auflösung der Volkspartei beschlossen worden. Die Bürgerchaft wird davon mit Befriedigung Kenntnis nehmen, desgleichen die Stadt. Denn die Bürgerwehr kostete täglich — 6000 Mark.

Aus dem Rheingau. Die Domäne schafft ihre in den Kreisen Oberbach, Eltville und Rudesheim nach lagernden untergegangenen Weine per Schiff nach Würzburg! — Diese Wohnnahme ist notwendig, weil zu befürchten ist, daß der einziehende Feind die Domänenweine als Staatsgut einziehen könnte.

Treuherzig. Ein 13jähriger Schüler rutschte von einem Treppengeländer des dritten Stockwerks in das untere Stockwerk. Hierbei stürzte er in die Höhe und war auf der Stelle tot.

Frankfurt. Professor Max Weber-Heidelberg sprach hier in einer großen Versammlung über „Die neue Zeit“. Der Redner führte unter anderem aus: Eine neue Zeit ist angebrochen. Der alte Beamtenstaat mit all seinen üblen Nebenwirkungen ist ver-

schwunden. Es ist unrichtig, jeht dem Kaiser, wo er im Unglück ist, die Schuld an allem zuzuschreiben. Er trägt nicht die Schuld allein, die Schuld trägt das ganze System, das System des Militarismus und Imperialismus. Drei Punkte müssen wir daher an die Spitze unseres Programms stellen: Antimilitarismus, Antimperialismus und moralische Regeneration unserer Politik. Unsere Militärpolitik muß einem Zivilsystem weichen. Die geographische Lage Deutschlands schließt jeden Imperialismus aus. Unsere Politik muß von Grund auf bis zur höchsten Spitze umgewandelt werden. Ungeheuerlich sind die Schäden, die der Krieg in dieser Hinsicht angerichtet oder aufgedeckt hat. Unser feindseliges System hat es ermöglicht, daß Generäle zu Politikern wurden. Unsere Politik muß in Zukunft pazifistisch gerichtet sein. Entschieden muß man es bekämpfen, daß bereits die Totengräber des Imperialismus an der Arbeit sind, wie es jetzt der bayerische Gesandte in der Schweiz ist. Wenn wir die Frage nach der Schuld am Kriege stellen, so muß man die Antwort geben: Der Kriegsgrund war die Betämpfung des russischen Jarentismus. Dagegen ist das deutsche Volk mit Recht zu Felde gezogen, dagegen mußte es zu Felde ziehen. Unseren heimkehrenden Kriegern wollen wir sagen: Diese Aufgabe habt ihr erfüllt. Sinnlos war aber der Krieg, nachdem das Ziel erreicht war. Verflucht wurde der Sinn des Krieges, ein Frevel war die Entseffung des Abwehrkrieges, der uns einen, für uns unangreifbaren Gegner schaffte, ein Frevel war die unerhörte Politik des Friedens von Breit-Krowst. Wir haben Gott verflucht und das Schicksal hat sich an uns gerächt. Unsere Dynastie hat vollkommen verflucht. Sie hat geredet und telegraphiert, in kurzen Worten Klänge gemacht auf Kosten der Nation, anstatt ein Gegengewicht zu bilden gegen die Herrschaft der Generäle. Ludendorff war ein Spieler, ein Hazardspieler, wie Friedrich der Große und Napoleon. Er spielte um die Zukunft unserer Nation. Er hat sie verspielt. Was wir jetzt fordern, ist die Republik, denn die Dynastie hat sich hoffnungslos kompromittiert, eine große deutsche Republik im Sinne der Verfassung. Unser Ideal wäre die Einheitsrepublik. Wegfallen muß vor allen Dingen die Identität Preußens und Deutschlands. Neben dem Reichstag muß eine zweite Einrichtung geschaffen werden, ein Staatenhaus oder wie man es sonst nennen will. An der Spitze des neuen Staates muß ein Präsident oder Vorkämpfer stehen, der durch Volkswahl zu bekräften ist. Ihm steht nur ein Vetorecht für angenommene Gesetze bei Konflikten zwischen den beiden Häusern zu. Weiter fordern wir eine Vermögensabgabe, Reichsmonopole, Stellung der Rohstoffindustrie unter Staatskontrolle, Sozialisierung großer Betriebe, planmäßiger Ausbau unseres Wirtschaftslebens. Die Totengräberarbeit, die eben von Berlin und München aus gemacht wird, machen wir aber nicht mit. Die Erzeugnisse der Revolution wollen wir festhalten. Wenn wir der Fremdherrschaft ausgeliefert werden, sind wir nicht mehr Subjekt sondern Objekt. Die Gegner, die dann über uns zu entscheiden haben, sind nicht sozial regiert, sondern kapitalistisch regierte Völker. Zur Weiterführung unseres Wirtschaftslebens brauchen wir aber auch geschäftssichere Gebiete. Zur Beschaffung der Rohstoffe brauchen wir Kredite. Diese werden nur einer Regierung gewährt, an der paritätisch das Bürgergertum beteiligt ist. Das Bürgergertum soll mitarbeiten, es soll sich aber nicht aufdrängen, dazu hat es keinen Anlaß. Aber der Typus des fatten Bürgers muß verschwinden, jene Kategorie, die sich damals dackte und die sich jetzt duckt, und die im Stillen auf die Rückkehr der Dynastie von Gottes Gnade hofft. Ein solches selbstbewußtes Bürgergertum muß Schulter an Schulter mit einer stolzen Arbeiterkategorie zusammenarbeiten. Ohne aufrichtige Männer keine wahre Demokratie. Auf Grund unserer Leistungen wollen wir ein großes Volk werden. So wollen wir die Zukunft Deutschlands sehen. (Lebhafte, langanhaltende Beifall.)

Der Polizeipräsident hat angekündigt, daß vom 2. bis 22. Dezember sämtliche Bars und Kaminertischen zu schließen sind.

Ab von der Waffenstillstandskommission in Spaai ist dem Nachrichtendienst des hiesigen Arbeiter- und Soldatenrates telegraphisch die Mitteilung zugegangen, daß eine Besetzung von ganz Frankfurt nicht in Frage kommt.

Oberursel. Für den Durchzug der 5. Armee durch den Ober-Taunusstreif sollte infolge amtlichen Auftrags von mehreren Gemeinden des Kreises innerhalb drei Tagen etwa 50 000 Brote gebacken werden. Fieberhaft arbeitete man Tag und Nacht, um die ungeheure Menge rechtzeitig fertigzustellen. Schon war der größte Teil gebacken, da kam die Abbestellung mit der Begründung, daß die Armee sich selbst verlorge. Die Folge ist nun, daß der Kreis einen gewaltigen Ueberfluß an Brot hat. Die Kreisverwaltung ist bemüht, einen Teil der Vorräte an Militärbehörden oder sonstige Stellen zu veräußern.

Dom Rhein. Die zahlreichen Pontonbrücken, die wegen des Rückzuges der Armeen über den Rhein geschlagen sind, haben den Kohlentransport zu Schiff nach dem Mittelrheingebiet fast völlig gelähmt. Infolgedessen ist überall ein solch empfindlicher Kohlenmangel eingetreten, daß nahezu alle Gaswerke ihre Leistungen herabmindern oder ihren Betrieb ganz einstellen mußten. Auch nach Aufhebung der Brückenhindernisse ist an eine bessere Kohlenzufuhr nicht zu denken, da der Wasserstand des Rheines so ungewöhnlich niedrig ist, daß an eine regelmäßige Schiffsahrt gar nicht mehr gedacht werden kann. Der Pegel zeigt einen seit 20 Jahren nicht beobachteten Tiefstand.

Mainz. Am Mittwoch trifft die Uebernahmeabordnung in Mainz ein. — Der hiesige Arbeiter- und Soldatenrat wird nach Eintreffen der fremden Besatzung als Wohnfahrtsauschuss oder Volkstra an die Behörden angegliedert werden. Eine Kontrolle der Behörden soll bestehen bleiben; falls die Garnisonverwaltung als militärische Stelle nicht weiter bestehen kann, wird sie von der Stadt übernommen.

Die letzten größeren geschlossenen Truppenkörper positiven Montags um die Mittagszeit auf ihrem Marsch nach Osten die hiesige Stadt. Den Schluß der gesamten Armeegruppe C, die vor Verdun kämpfte, bildete die 3. bayerische Infanteriedivision, deren Nachhut das bayer. Inf.-Regt. Nr 18, früher in Landau, bildet. Dieses Regiment geht heute Dienstag vormittags als letztes bei Worms über den Rhein.

Vermischtes.

Aus verschiedenen pfälzischen Ortschaften laufen Meldungen ein, daß die Besatzer unter den Besatzen der schwarzen Truppen zu leiden habe. Die Schwarzen verfolgen die Frauen und Mädchen bis in die Häuser und stellen ihnen schamlose Anforderungen. In einem Ort wurde ein 23jähriges Mädchen von einem Regter überfallen und vergewaltigt. Auf die Anzeige ließ der Ortsbesatzer den Täter ermitteln und festnehmen. Die französische Soldaten benehmen sich laibellos.

Geul. Einem französischen Blatt wird der Tod des bekannten Mormonenführers Jos. Smith aus Salt Lake City gemeldet. Das Blatt hält den Verstorbenen den Franzosen als glänzendes Beispiel vor, da er Vater von 53 Kindern war, von denen noch 30 am Leben sind. Die Zahl seiner Enkelkinder soll sehr groß sein, wird aber nicht genannt; nur daß er 6 Frauen hatte und 5 Witwen hinterläßt, erfahren wir.

Der Annaboden ausserhalb wurde einem jungen Mädchen aus Staßfurt, das an Zahnmerzen litt. Ein auf Besuch weilender Onkel konnte das Jammern der Gepeinigten nicht mit anhören. Er überredete daher die Nichte, sich von ihm den Zahn ziehen zu lassen. Nach vielem Zureden willigte das arme Schicksalopfer ein. Der gemütsvolle Oheim schlang um den tranken Zahn eine Drahtschlinge — Bindfaden hält nicht, meinte er — und zog nun aus Leibesträften. Trotz des entsetzlichen Geschreies der Gepeinigten zog der brave Onkel ruhig weiter, bis der Zahn heraus war und die Kinnde auch. Jetzt liegt der arme Wurm im Krankenhaus in Bernburg.

Trieben und Stoffnot. Zu einer Notiz, in der u. a. bemerkt wurde, daß auch in den „anderen Ländern“ ein großer Stoffmangel herrscht, schreibt dem „Wiesb. Tagbl.“ eine Leserin: Ich habe vor etwa 14 Tagen den Anzeigenteil der „Times“ studiert und war nicht wenig erstaunt über die auffallend niedrigen Preise der angeblichen Waren, von denen ich einige anführen möchte. 1 Tuhend leinene Taschentücher 6.50 bis 7.50 Mark, ein gefärbtes Damen-Rahmhemd 10 Mark, ein elegantes Teefleid aus Seidenkamm 105 Mark, Pelzmäntel zu 400 bis 500 Mark. Wahrlich, solche Traumpreise haben wir kaum im Frieden gekannt, dazu kamen diese Angebote aus guten Geschäften. Ich glauhe, wenn die Stoffknappheit im Ausland so groß wäre, könnten auch die englischen Geschäfte nicht mit solchen Preisen arbeiten.

In der Petersburger Schreckenskammer. Der Petersburger Korrespondent der „Times“, Dobson, der mit einer Reihe von Sonderleuten, meist Beamten der englischen Botschaft und des Konsulats, in der Petersburger Peter- und Pauls-Festung gefangen gehalten wurde, veröffentlicht jetzt eine Reihe von Artikeln, in denen er von den Beiden erzählt, die die Bolschewisten über sie verhängt hatten. Um die etwa 50 unbewaffneten Engländer zu verhaften, wurde eine Kompanie der Roten Garde, die Mannschaft von zwei Torpedobooten und noch eine Schar von Truppen, mit Maschinengewehren bewaffnet, aufgebaut. Der Angriff war von langer Hand vorbereitet; schon einige Wochen vorher hatten die beiden Torpedobooten gegenüber der englischen Botschaft Anker geworfen, bis endlich die Verhaftung unter dem Vorwand, die Engländer hätten sich an der Ermordung des Kommissars Urtischi beteiligt und Geld zur Niederwerfung der Revolution verteilt, vorgenommen wurde. Statt nun die vermeintlichen Feinde aus dem Lande zu weisen oder sie von ihrer Regierung zurücksuchen zu lassen, verweigerten sie dem englischen Konsul die Pässe und hielten alle Mitglieder des Konsulats und der verschiedenen britischen Missionen in Petersburg fest, um sie wie Verbrecher zu behandeln. Die Gefangenen wurden unter dem Hohn der Bolschewisten in die Straßen der Stadt zur Festung geführt. Hier wurden sie in der berühmten Bastei Trubetski untergebracht, die schon seit einigen Wochenaltern der düstere Aufenthaltsort für viele politische Gefangene gewesen ist. Der erste Eindruck war schrecklich, als sie durch den langen engen Korridor schritten und die Augen der Gefangenen sahen, die durch die Öffnungen in den Türen der Gefängniszellen auf sie blickten. Es waren Leute aus allen Klassen, Fürsten, Generäle, Bürger, verurteilt mit Bogabanden, Räubern und Mördern. Alle Gefängnisse in Petersburg sind überfüllt, und oft werden Gefangene hinausgeführt und getötet, nur um anderen Raum zu machen. Während der Gefangenschaft der Engländer kündigten die bolschewistischen Zeitungen an, daß nach der Ermordung Urtischis 50 Gegenrevolutionäre hingerichtet worden seien. In der Zelle, in der Dobson eingeschlossen wurde, war man so eingesperrt, daß man Arme und Beine nicht bewegen konnte, wenn man auf dem Fußboden ausgestreckt schlief. Dabei starb alles vor Schmutz, und es fehlte jede hygienische Maßnahme. Einmal in der Woche mußten die Gefangenen mit irgendeinem schmutzigen Kleidungsstück die Zelle. Wenn sie noch etwas Seife hatten, konnten sie auch die Leberleibsel ihrer Wäsche reinigen. Eines Tages wurden fünf russische Gefangene herausgeholt, um vor die Kommission zum Kampfe gegen die Gegenrevolution geführt zu werden. Bei ihnen war ein altersschwacher Greis, der seinen jüngeren Leidensgefährten nicht schnell genug folgen konnte. Ein Soldat stieß ihn eine Weile vorwärts, schließlich aber erschoss er ihn und warf den Leichnam in den Fluß. Als die Gefangenen vor der Kommission erschienen, sah der Kommissar in die Liste und fragte: „Wo ist der fünfte Gefangene?“ „Ach“, antwortete der Soldat, „ich konnte ihn nicht um Gehen bringen, er war zu alt und schwach, so daß ich ihn schließlich erschossen und mich seiner so entledigt habe.“ Dobson beschreibt ausführlich die furchtbaren Methoden der bolschewistischen Garben und fährt dann fort: Das Gefängnis war voll von Ungeziefer, so daß die Engländer einen großen Teil ihrer Zeit mit der Jagd darauf verbrachten. Die Lebensmittel, die ihnen gereicht wurden, waren so gering, daß die Gefangenen vor Hunger gestorben wären, wenn ihnen nicht etwas Hilfe von außen gebracht worden wäre. Eine schmutzige Suppe wurde ihnen nur einmal am Tage gebracht, aber nur sehr unregelmäßig, und manchmal blieb sie auch ganz aus. Eine Russin, die Frau eines britischen Beamten, der auch im Gefängnis war, tröste jeder Gefahr, um ihre Korrespondenz zu vermitteln. Um in das Gefängnis zu gelangen, verkleidete sie sich einmal als Dienstmädchen; am Ausgang wurde sie jedoch verhaftet, während sie mehrere Briefe in der Tasche hatte. Sie erklärte, sie wäre eine deutsche Untertanin, und zeigte einen Paß vor, der englisch geschrieben war. Da die bolschewistischen Wächter weder englisch noch deutsch verstanden, ließen sie sie gehen.

Aus Stadt, Kreis u. Umgebung.

Diebstahl.

* **Reisepflicht für gewerbliche Verbraucher von Kohle, Koks und Briketts im Dezember.** Der Reichskommissar für die Kohlenverteilung hat durch Bekanntmachung vom 6. November (Reichsanzeiger Nr. 272) für die gewerblichen Verbraucher von mindestens 10 Tonnen Kohle, Koks und Briketts monatlich die Reisepflicht für Dezember erneut ausgesprochen. Wichtig in der neuen Bekanntmachung ist, daß der Bezug von Brennstoffen krasser als bisher an die Einreichung der Reisefortie gebunden ist. Die Anpassung der Bestimmungen an die Bedürfnisse der Demobilisierung wird auf einem besonderen Blatte erläutert, der bei den bekannten Stellen erhältlich. Reisefortiebestellen vorgeheftet ist.

* Ueber die Verlorenheit der Bevölkerung mit Zucker wird

gemeldet, daß eine wesentliche Verbesserung nicht erwartet werden darf. Die durch Einstellung der Fabrikation von Sprengmitteln frei werdenden Mengen betragen nur ein Zwölftel der Gesamtproduktion. Die Fabriken sind im allgemeinen beliefert, aber die Transportfrage, die Kohlenfrage und die Einführung des achtstündigen Arbeitstages machen große Schwierigkeiten.

* Aus Anlaß der Rückkehr der Truppen wird vielerorts ein Arbeitsmangel eintreten. Zur Vermeidung der sich hieraus möglicherweise ergebenden Mißlichkeiten ist es dringend erwünscht, daß die bisher in der Kriegswirtschaft beschäftigten Frauen und Mädchen alsbald wieder zu ihrer früheren Tätigkeit zurückkehren, daß ferner die in der Munitionsindustrie tätigen oder tätig gewordenen jugendlichen Arbeiter sich dem Erlernen eines Handwerks oder eines anderen Berufes zuwenden. Insbesondere ergeht an die Eltern die Mahnung, für die Unterbringung ihrer Söhne in einer guten Lehrstelle zu sorgen und somit ihre Zukunft sicher zu stellen. Vor allem sollten die Handwerker und Herrschaften darauf bedacht sein, recht viele Arbeitskräfte und Dienstboten einzustellen, und dem Arbeitsmangel abzuhelfen suchen. Wenn jeder in dieser Hinsicht mit gutem Willen seiner Pflicht genügt, wird es möglich sein, den Übergang in den Friedenszustand ohne nennenswerte Störung durchzuführen.

* **Denk an die Kriegsbeschädigten.** Der Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge als die Zusammenfassung aller Träger der amtlichen Kriegsbeschädigtenfürsorge richtet an die Arbeitgeber Deutschlands in dieser Stunde ernstester Not die dringliche Bitte, die Kriegsbeschädigten und insbesondere die Schwerbeschädigten, die in ihrem Betrieb beschäftigt sind, so lange wie irgend möglich in ihren Stellen festzubehalten. Sollte es unerlässlich sein, sie zu entlassen, so dürfte es jedenfalls nur mit Rücksichtnahme geschehen, die über die Fristen für gesunde Arbeitskräfte erheblich hinausgehen. Weiter richtet der Reichsausschuß auch die Bitte an die Arbeitgeber, die Kriegsbeschädigten bei der neuen Einstellung von Arbeitskräften nicht zu vergessen.

* **Weiterverwendung von Feldpostbriefumschlägen und Feldpostarten.** Feldpostbriefe und Feldpostarten nach der Ostfront sind nach einer Erklärung des Reichspostamts weiterhin zugelassen; für diese können vorgebrachte Umschläge und Karten nach wie vor benutzt werden. Außerdem können Vorbrüche dieser Art im Verkehr mit Heeresangehörigen an festen Standorten innerhalb Deutschlands ohne weiteres verwendet werden, solange für solche Sendungen die Postfreiheit aufrecht erhalten wird. Auch steht nichts entgegen, Feldpostbriefumschläge und Feldpostarten für den gewöhnlichen inneren deutschen Verkehr zu benutzen, vorausgesetzt, daß der Ausdruck „Feldpost“ und die sonstigen nicht zutreffenden Angaben für die Feldpost vor der Einlieferung gestrichen werden.

Buntes Allerlei.

Ab Essen. Dienstag mittag versuchte ein Leutnant des durchziehenden 14. Jägerbataillons mit mehreren Leuten am Postgebäude die rote Flagge herunterzubolen. Die Wachmannschaften schossen auf den Leutnant und einen Mann, der die Flagge einzulegen wollte, wobei der Leutnant durch einen Schuß in die Lunge verwundet wurde. Nach zehn Minuten war der Vorfall erledigt.

Paris. Der französische Dichter Edmond Rostand ist gestorben. Sein „Cyrano de Bergerac“ ist unzählige Male in Paris aufgeführt und in vielen Uebersetzungen — deutsch von Ludwig Fulda — auch dem Ausland bekannt geworden.

Neueste Nachrichten.

Einigkeit auf not.

Berlin, 3. Dezember. De klarer sich die Absichten der Feinde enthalten, je mehr es sich zeigt, daß zunächst und bis auf weiteres Wilsons Kundgebungen in den Wind gesprochen sind und der Schluß des Krieges nicht den Bänderbund bringen, sondern die völlige wirtschaftliche Erschöpfung Deutschlands festliegen soll, desto mehr hängt unsere Erhaltung als lebensfähige Nation davon ab, daß das Volk in allen seinen Teilen sich nicht von innerpolitischen Gesichtspunkten und theoretischen Erwägungen bei der Behandlung der auswärtigen Fragen leiten und zerspalten läßt, sondern sich geschlossen auf das einigt, was dem Willen der Feinde gegenüber noch zur Bewahrung vor dem Ruinieren gesehen kann. Dazu gebet ein einmütiger Einspruch gegen das, was dem Waffenstillstand widerspricht, was wirtschaftlich und bei unserer Ernährungslage unerträglich ist, ein einmütiger Hinweis auf Wilsons vierzehn Punkte, die bei der Einstellung der Feindseligkeiten maßgebend waren, und auf die ihnen widerstrebenden Maßnahmen der Verbändmächte: Absperrung der

elastisch-erhaltenden Grenze, Einbeziehung von Saarbrücken und Lothringen in das lothringische Gebiet, die Verwendung von Regern als Belagerungstruppen, die Ermordung des Grafen für die Belagerungsoffiziere der Lothringische. Dazu gehört ferner ein einmütiger Einspruch aller Parteien gegen Kontributionen, die unser seit Jahren daniederliegendes Wirtschaftsleben ruinieren müssen, und gegen Schadenersatzbedingungen, wie sie neuerdings in der „Daily News“ angekündigt sind, die dauernde wirtschaftliche Verelendung für uns bringen müßten. Mit diesem Einspruch muß sich der heillos schwierigen Lage gegenüber die Einigkeit in der Weiterführung der Verhandlung durch erfahrene Sachkenner, ohne sinnloses eigenes Vorgehen von Einzelstaaten und die Herstellung der Grundlage für schnellste Aufnahme weitererzeugender Arbeit verbinden. Daß es gerade jetzt im höchsten Maße schädlich sein würde, die Rettung der auswärtigen Politik und die Wahrung des diplomatischen Betriebes auszuwechseln, diese Erkenntnis fehlt auch in der Regierung durchaus nicht. Es ist zu hoffen, daß sie die Oberhand behält und nicht diejenigen durchdringen, die nach dem alten Spruch den Fehler begehen wollen, mitten im Sturm die Pferde zu wechseln, lediglich, weil sie an solchen Wechsel Millionen knüpfen, über deren Ausflüchten sie die bisherigen Erfahrungen belehren könnten. (Alln. Ztg.)

Berlin, 4. Dezember. Der „Vorwärts“ wendet sich gegen die „Freiheit“. Diese wende den Kern des nunmehr historisch überwundenen Streites wegen der Bewilligung der Kredite auf, indem sie schreibt: Der siegreiche deutsche Militarismus würde die Welt als mißkommene Beute behandelt haben, um in ihr eine neue Zwangsherrschaft zu errichten. Sein Sieg hätte Deutschland in eine Höheburg der Reaktion verwandelt und alle übrigen Staaten zu einem Kartellvereinigen müssen. Es liegt nicht an den Rechtssozialisten, daß es anders gekommen ist. Da liegt der Gegensatz, sagt der „Vorwärts“ und fährt fort: Wir hatten das Vertrauen zu der Kraft der deutschen Arbeiterbewegung, daß sie den Mißbrauch eines deutschen Sieges, der bei den gegenwärtigen Verhältnissen immer nur ein Abwehrriegel werden konnte, dann doch nach innen und außen verhindern würde. Daß es nun anders gekommen ist, daß Deutschland geschlagen worden ist, das liegt wirklich nicht an den Rechtssozialisten. Das haben wir wirklich nicht gewollt, und darum haben wir die Kredite bewilligt.

Berlin, 4. Dezember. In der „Kreuzzeitung“ heißt es: Die Entente betrachtet die Feindseligkeiten noch nicht als endgültig beendet. England demobilisiert noch nicht. Frankreich erklärt die eigene Demobilisation noch nicht für möglich, und Amerika will von Mitte Dezember an zwar täglich 30 000 Mann entlassen, deren Rücktransport aber von dem geringen Schiffsraum abhängt. Für die Pläne, die die Entente von ihrer Seite gegen Deutschland sowie gegen Rußland plant, braucht sie ja eine erhebliche Menge von Truppen, Kriegsmaterial und Schiffsraum. Diese Pläne gehen in England bis zur Neuordnung in Rußland, die selbst die Befehle von Moskau und Petersburg ins Auge faßt. Bei den Franzosen wollen wir uns garnicht darüber ärmelgucken, daß bei den französischen Generalstab die Absichten sehr ähnlich sind, bis zum Einmarsch in Berlin.

Der Grußruf von Jülich.

Berlin, 3. Dezember. Der eben in Jülich eingezogene belgische Oberst hat als Ortskommandant befohlen, daß die deutsche Zivilbevölkerung vorübergehende belgische Offiziere durch Abnehmen der Kopfbedeckung zu grüßen und dabei den Bürgerkrieg zu verlassen haben. Dieser Befehl ist natürlich eine ausseracht Riederträchtigkeit, aber zugleich auch ein boshafter Witz, denn der Befehl des belgischen Offiziers ist die wörtliche Uebersetzung von Befehlen, welche deutsche Ortskommandanten in Vitruven und Polen erlassen haben. Wir möchten deshalb raten, mit der Entrüstung etwas vorsichtig zu Werke zu gehen. Denn was den Kowaner Juden Recht war, das muß jetzt leider den Jülicher Bürgern billig sein.

Joch glaubt an einen neuen Krieg.

Rotterdam, 3. Dezember. Aus Paris wird gemeldet: Nach dem Wochenblatt „Aux de Centes“ erklärte Reichshof Joch nach der letzten Sitzung der Akademie der Wissenschaften, in der er zum Mitglied ernannt wurde: Dieser Krieg war verabschiedungswürdig und furchtbar, weil er ein inzulieferer Weltkrieg war. Aber der nächste Krieg wird noch schrecklicher sein, weil er alle Kräfte in seinen Dienst stellen wird. „Glauben Sie denn an einen neuen Krieg?“ fragte der Berichterstatter den Reichshof. „Leider ja!“ wurde ihm von Joch erwidert: „Deutschland bereitet ihn vor.“

Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ schreibt dazu: Joch wird doch selber nicht glauben, daß in Deutschland irgend jemand an einen neuen Krieg denkt, aber mit dieser Mitteilung hofft die Entente vielleicht, ihre heeren Waffenstillstandsbedingungen begründen und ihre Friedensbedingungen rechtfertigen zu können.

Bekanntmachung.

1. Die Zwischenscheine für die 5% Schuldverschreibungen der VIII. Kriegsanleihe können vom

2. Dezember ds. Js. ab

in die endgültigen Stücke mit Zinscheinen umgetauscht werden.

Der Umtausch findet bei der „Umtauschkasse für die Kriegsanleihen“, Berlin W 8, Behrenstraße 22, statt. Außerdem übernehmen sämtliche Reichsbankanstalten mit Aussenrichtung bis zum 15. Juli 1919 die kostentfreie Vermittlung des Umtauschs. Nach diesem Zeitpunkt können die Zwischenscheine nur noch unmittelbar bei der „Umtauschkasse für die Kriegsanleihen“ in Berlin umgetauscht werden.

Die Zwischenscheine sind mit Verzeichnissen, in die sie nach den Beträgen und innerhalb dieser nach der Nummerfolge geordnet einzutragen sind, während der Bornittagsablenkungen bei den genannten Stellen einzureichen; Formulare zu den Verzeichnissen sind bei allen Reichsbankanstalten erhältlich. Si men und Kassen haben die von ihnen eingereichten Zwischenscheine rechts oberhalb der Stücknummer mit ihrem Firmenstempel zu versehen.

2. Der Umtausch der Zwischenscheine für die 4% Schwanenweisungen der VIII. Kriegsanleihe und für die 1 1/2% Schwanenweisungen von 1918 (Notar VIII) findet gemäß unserer Ankündigung d. Mts. veröffentlichten Bekanntmachung bereits seit dem

4. November ds. Js.

bei der „Umtauschkasse für die Kriegsanleihen“, Berlin W 8, Behrenstraße 22, sowie bei sämtlichen Reichsbankanstalten mit stoff Einrichtung statt.

Von den Zwischenscheinen der früheren Kriegsanleihen ist eine größere Anzahl noch immer nicht in die endgültigen Stücke umgetauscht worden. Die Inhaber werden aufgefordert, diese Zwischenscheine in ihrem eigenen Interesse möglichst bald bei der „Umtauschkasse für die Kriegsanleihen“, Berlin W 8, Behrenstraße 22, zum Umtausch einzureichen.

Berlin, im November 1918.

Reichsbank-Direktorium.

Havenstein. u. Grimm.

Bestellen Sie sofort

bei Ihrem Postamt zur Probe Nordwestdeutschlands bedeutendste Zeitung:

Das hampburger
Fremdenblatt

mit Handels- und Schiffsverkehrs-Nachrichten
und Kaputtaldruck-Beilage
Rundschau im Bilde

Wöchentlich dreizehn Ausgaben

Postbezugspreis:
monatlich M. 2.40, vierteljährlich M. 7.20
Probenummer kosten- und porto frei

Welt über 15 000 Abonnenten

Prim. Gold. Medaille



Paul Rehm,
Zahn-Praxis

Wiesbaden, Friedriehstr. 50, I

Zahnschmerzbesichtigung, Zahnziehen, Nervlöten
Plombieren, Zahnregulierungen, Künstl. Zahn-
ersatz in div. Ausführungen u. a. m

Sprechst.: 9-6 Uhr. Telefon 3118

Dentist des Wiesbadener Beamten-Vereins

Trauerkränze

In hoher Ausführung und jedem Preis, sowie künstliche Blumen-
arbeiten fertigt geschmackvoll an

Blumengeschäft Louis Gatta,
Wiesbaden, Bahnhofstr. 1, Fernruf 6376

Karbid-
Lampen

sind in großer Auswahl
eingetroffen

Martin Decker,

Deutsche
Nährstoffchemikalien-Fabrik
Wiesbaden,
Neugasse 26,
Ede Wa-fabrik.

Tabak

Mischung „Nordländer“
(Mittelschnitt) 70 G. 85 Pf.
Fein-orientalisch „Gold-
rose“ 80 G. 70 Pf.

M. Guttman's neue
verb. Pfeifenmischung

(Grobchnitt) 100 G. M. 1.00

in den einschlägigen Ge-
schäften eig. Vorziehung

dieser Anzeile erhältlich,
wo nicht, werden Bezugs-
quellen nachgewiesen.

Wiederverk. verl. Angeb.
Der Uebertragungs-ent-
sprechend sind Marken
auf das weitestm. vervoll-
kommen u. befristet jetzt

schon den anspruchsvollen
Raucher. Jeder macho im
eig. Interesse in Verrech-
weg. groß Andrängen u.
schwerer Verkehrswert-
nisse. Weibnachtbestell-
schon jetzt empfehlensw.

M. Guttman

Berlin O 27

Alexanderstrasse 22.

Generalvertreter:

Phil. Köppler,

Frankfurt a. M.

Körnerwiese 13.

Reisevertreter gesucht.